

KLEINE ANFRAGE

des Abgeordneten David Petereit, Fraktion der NPD

Flucht und Vertreibung

und

ANTWORT

der Landesregierung

Laut Staatskanzlei war ein „organisatorischer Fehler“ die Ursache dafür, dass zum „Tag der Heimat“ des Bundes der Vertriebenen in Berlin in diesem Jahr zunächst kein Kranz geschickt worden ist (Bericht auf NDR 1 Radio M-V am 10.09.2012). Die Landesvorsitzende des BdV äußerte sich Medienberichten zufolge enttäuscht, da sich das Land Mecklenburg-Vorpommern in der Vergangenheit stets am Gedenken beteiligt habe. In diesem Zusammenhang sprach sich die BdV-Landesvorsitzende für eine intensivere Erinnerung in Mecklenburg-Vorpommern an Flucht und Vertreibung aus, zumal jeder zweite Einwohner des Bundeslandes einer Vertriebenen-Familie entstamme.

1. Welche Orte gibt es in Mecklenburg-Vorpommern, die sich dem Thema „Flucht und Vertreibung“ widmen?
Welche finanziellen Zuwendungen wurden für die Gedenkorte bislang bereitgestellt (bitte nach Gedenkorten sortieren und die Zuwendungen, aufgeschlüsselt nach EU, Bund, Land und kommunalen Anteilen, darstellen)?

Orte in Mecklenburg-Vorpommern, die sich diesem Thema widmen, sind:

- Wöbbelin [Außenlager des Konzentrationslagers (KZ) Neuengamme],
- Barth (KZ-Außenlager und Kriegsgefangenenlager),
- Kamminke (Kriegsgräberstätte Golm, Internationale Jugendbegegnungsstätte).

Im Bereich der Museen setzen sich das Wolhynier-Umsiedlermuseum in Linstow (Träger Heimatverein Linstow e. V.) und das Pommersche Landesmuseum Greifswald intensiv mit dem Thema „Flucht und Vertreibung“ auseinander.

Die Errichtung des Linstower Museums wurde über die entsprechende Kommune, AGENDA 21-Mittel, das Bundesprogramm CIVITAS und Spenden finanziert.

Sowohl das Pommersche Landesmuseum Greifswald als auch das Linstower Museum erhielten Zuschüsse aufgrund des § 96 Bundesvertriebenengesetz.

Die Landesregierung hat im Jahr 2012 das Museumsfest des Heimatvereins Linstow e. V. mit 5.000 Euro unterstützt.

Seit dem 2. Schulhalbjahr 2007/2008 werden Klassenfahrten zu KZ-Gedenkstätten sowie zu Gedenkstätten und -orten der jüngeren deutschen Geschichte durch die Landesregierung gefördert. Zur Unterstützung der konzeptionellen Arbeit in den Schulen wurde von der Landesregierung eine Handreichung erarbeitet, die auch das Formular „Antrag auf Gewährung einer Zuwendung für eine Fahrt zu KZ-Gedenkstätten sowie zu Gedenkstätten und -orten für Opfer der jüngeren deutschen Geschichte“ enthält. Die Schulen müssen diese Fahrten von vornherein in ihre langfristige Schuljahresplanung einstellen.

Eine Förderung von Gedenkorten durch den Bund beziehungsweise die Europäische Union ist nicht bekannt.

2. In welcher Form und in welchem Umfang wird das Thema „Flucht und Vertreibung“ im Unterricht behandelt?
Wie wird die Thematik in den Lehrbüchern und anderen Unterrichtsmaterialien dargestellt (bitte kurz skizzieren)?

Die Geschichte des Zweiten Weltkrieges sowie die deutsche und europäische Nachkriegsgeschichte sind Gegenstand des Geschichtsunterrichts in den Jahrgangsstufen 9 und 10 sowie in der gymnasialen Oberstufe.

Die genehmigten Lehrbücher greifen die Inhalte gemäß den Rahmenplänen auf und entsprechen den didaktischen Grundlagen des Faches Geschichte.

3. Welche entsprechenden Projekttag wurden bislang mit Schulen des Landes durchgeführt (bitte auch kurz die Inhalte skizzieren)?
 - a) Wann wurden sie durchgeführt?
 - b) Wo wurden sie durchgeführt?
 - c) Welche Projekttag sollen wann und wo durchgeführt werden?

Zu 3, 3 a), 3 b) und 3 c)

Die Fragen 3, 3 a), 3 b) und 3 c) werden zusammenhängend beantwortet.

Derartige Daten über die Projekttag werden von der Landesregierung nicht erfasst. In Bezug auf Schulfahrten zu Gedenkstätten wird auf die Kleine Anfrage auf Drucksache 6/201 verwiesen.

4. Wird das Thema „Flucht und Vertreibung“ aus Sicht der Landesregierung im Unterricht angemessen behandelt (Antwort bitte begründen)?

Die Geschichte des Zweiten Weltkrieges und die deutsche und europäische Nachkriegsgeschichte werden in angemessenem Umfang behandelt.

Der Unterricht ist derart gestaltet, dass geschichtliche Fakten vermittelt werden, die eine Einordnung in den historischen Zusammenhang sowie eine Bewertung ermöglichen.

5. Welche Maßnahmen wird die Landesregierung wann ergreifen, um das Thema „Flucht und Vertreibung“ stärker in das Bewusstsein der Öffentlichkeit zu rücken?

Das Thema wird in der Schule umfassend behandelt, sodass keine Notwendigkeit für weitere Maßnahmen gesehen wird. Auch im Rahmen der politischen Bildung bestehen vielfältige Möglichkeiten, um Veranstaltungen diesbezüglich durchzuführen. In diesem Zusammenhang wird auf die Kleine Anfrage auf Drucksache 6/547 verwiesen.